

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

97 (4.12.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 fr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 97.

Karlsruhe, Samstag den 4. Dezember

1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreifaltigen Petitzeile berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Fabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

† † Vorschläge zur Ersparung von 60,000 Gulden jährlich bei der Finanzverwaltung.

I. Rechnungswesen, Controle, Revision.

Wer Gelegenheit hatte, sich mit dem Geschäftsgange bei den Finanzmittelstellen vertraut zu machen, der wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß bei diesen Behörden eine Vereinfachung am nothwendigsten ist. Was die Stellung der Revisionsbeamten bei denselben anbelangt, so ist dieselbe viel zu abhängig, die Revisoren sind der Einwirkung einzelner Mitglieder des Collegiums — persönlich und gegenständlich — allzusehr preisgegeben, um mit Erfolg wirken und materiellen Nutzen stiften zu können. Bei vier Finanzmittelstellen sind ungefähr dreißig Revisoren mit vier s. g. Revisionsvorständen beschäftigt. Der jährliche Aufwand hiefür berechnet sich wie folgt: Vier Revisionsvorstände zu 1500 fl. (mindestens, ohne Remuneration) 6,000 fl. Dreißig Revisoren zu 1000 fl. (mindestens) . . . 30,000 fl. zusammen jährlich die anständige Summe von . . 36,000 fl.

Der materielle Vortheil, welcher unter den bestehenden Verhältnissen durch das Personal für diese große Summe gewonnen wird, ist ein äußerst geringer, besonders wenn man in Anschlag bringt, daß bei einer so bedeutenden Zahl auch manche sehr mittelmäßige Arbeiter sich befinden müssen, welche unmittelbar die Thätigkeit der Verrechner lähmen und mittelbar das Publikum belästigen, welches selten weiß, daß diese oder jene Widerwärtigkeit in der Schreibstube einer Revision ihren Ursprung genommen hat.

Füglich könnte man Besseres erwarten, wenn das gesammte Revisionspersonal in einem Körper vereinigt wäre, jedes Jahr seinen Vorstand selbst wählte, und wenn man dem Dekreturwesen in Bezug auf Kleinigkeiten abhelfen wollte. Es werden nämlich dormalen noch Hunderte und Tausende von Dekreturen über Beträge unter Einem Gulden ertheilt, wobei jedesmal ein halbes Duzend Personen beschäftigt sind, und worüber wie ein Beispiel aus der jüngsten Zeit mittheilen: Es liegt im Augenblicke eine Dekretur über sieben Kreuzer vor uns, ausgestellt von einer Finanzmittelstelle. Wegen dieser sieben Kreuzer haben zwei Verwaltungsstellen mit einander „communiziert“, worauf ein gehorsamster Bericht an die Direction erstattet worden ist. Dort wurde die Depesche dem Controlbureau zugetheilt, die Dekretur von einem Revisor entworfen, von dem Revisionsvorstand und dann noch von einem Rath geprüft; ob die Sache in die Sitzung gekommen, läßt sich nicht mit Bestimmtheit angeben. Zwei Verwaltungsbeamte, ein Revisor, ein Revisionsvorstand (Oberrechnungsrath), ein Rath und endlich der Director des Collegiums haben wegen dieser sieben Kreuzer jeder seinen Namen doppelt ge-

schrieben. Die Sache ist in vier Geschäftsjournale eingetragen, und der gehorsamste Bericht wird von einem Registrator mit 1,100 fl. jährlicher Besoldung der Nachwelt aufbewahrt. Außerdem waren „in quästionierter Sache“ der Expeditor, so wie der Diener des Collegiums und der Canzlei angestrengt; Letzterer mußte den gehorsamsten Bericht in sechs verschiedenen Zimmern herumtragen! Im Hintergrunde steht noch der Posthalter mit dem Briefträger, nebst zwei Verwaltungsgehülften, welche die wichtige Depesche über sieben Kreuzer zu Tag und an ihre Bestimmungsorte fördern halfen! Wenn man Zeit, Dinte, Papier, Schuhsohlen u. dgl. genau berechnet, so kosten jene sieben Kreuzer den Staat wenigstens zehnmal so viel, und so geht es Jahraus Jahrein mit Hunderten und Tausenden von Dekreturen unter einem Gulden! —

Wenn von den vier Revisionsvorständen drei eingingen und Einer übrig bliebe, so würde dadurch weder die Ruhe Deutschlands, noch die Ordnung im Rechnungswesen gefährdet. Die Ersparniß würde jährlich mindestens 4,500 fl. betragen. Wenn ferner statt 30 Revisoren nur 20 (zu 1000 fl.) nebst 10 Calculatoren (zu 600 fl.) angestellt würden, so könnten, ohne allen Nachtheil für die Sache, weitere 4000 fl. erübrigt werden. Später, wenn die Einrichtung im Gange ist, könnten ohne Zweifel auch 25 Personen genügen. Durch die Hülfe der Calculatoren bei dem rein mechanischen Zusammenzählen und Rechnen würde die Kraft der Revisoren vor zu schneller Abstumpfung bewahrt; damit aber die Calculatoren ihrerreicht nicht bald zu bloßen Maschinen und für höhere Thätigkeit unbrauchbar werden, müßte man das Personal von Zeit zu Zeit, etwa alle zwei Jahre, aus jüngeren Verwaltungsgehülften ergänzen. —

Unstreitig würde das Revisionswesen nur gewinnen, wenn 21 Männer jedes Jahr ihren Vorstand selbst wählen und jeden Monat in einer Sitzung unter der Leitung eines Ministerialcommissars ihre Ansichten und Wünsche über Verbesserung des Rechnungswesens und was dahin gehört, mündlich vortragen dürften. Eine große Zahl unbedeutender, kleinlicher Angelegenheiten, über welche dormalen im tiefsten Geheimniß viel geschrieben und Actenbündel gefertigt werden, könnten alsdann häufig mit wenig Worten ihre Geledigung finden. Tüchtige, talentvolle Leute hätten Gelegenheit, sich auszuzeichnen und ihre Kenntnisse mit Nutzen anzuwenden. Die Beschäftigung bei der Revision würde nicht mehr mit Geringschätzung angesehen werden. Vielschreiberei und Vielregiererei würden bei der Finanzverwaltung abnehmen und der Einfluß auf die Einrichtungen der übrigen Staatsstellen könnte nicht ausbleiben. Freilich müßte man dabei auch von der Ansicht abkommen, daß unbedingt nur solche Männer, die in Heidelberg waren, dort ziemlich viel Bier getrunken und die Corps-

reuden genossen haben, wissenschaftliche Bildung im Finanzwesen besitzen, und daß fast jeder Buchhalter bei einer gewöhnlichen Berechnung auf diese Art wissenschaftlich gebildet sein soll. — Ein Necker, ein Humann, ein Perrier, ein Robert Peel wären bei uns nie vorwärts gekommen, keiner von ihnen hätte „Finanz- oder Domänenrath“ werden können, weil sie nicht vorschriftsmäßig „Cameral“ studirt hatten.

Eine Verminderung des Revisionspersonals nach unserem Vorschlage ist sehr mäßig gegriffen. Wäre die französische Finanzverwaltung mit einem Personal, im Verhältnis zu dem dormaligen badischen ausgestattet, so müßten in Paris gegen Tausend Finanz-Revisionen angestellt sein.

II. Aufhebung der Finanz-Mittelstellen.

Bei den vier sogenannten Finanz-Mittelstellen (Directionen) sind etwa 30 Mitglieder (in Paris würden es im Verhältnis gegen 1,100 sein), nebst 25 Subalternbeamte mit Staatsdienerereignenschaft — ohne das Revisionspersonal — angestellt.

Dreißig Räte, im Durchschnitt nur zu 1,500 fl. (manche Besoldungen betragen 1,800 — 2,200 fl.), erfordern einen jährlichen Aufwand von 45,000 fl.

Fünfundzwanzig Subalternbeamte zu 1,000 fl.
(geringster Durchschnitt) 25,000 „
zusammen 70,000 fl.

Für diesen Aufwand haben die Mittelstellen die Thätigkeit der Verwaltungs- (Lokal-) Beamten zu leiten, zu überwachen und im Gang zu erhalten, sodann subjective und objective Aenderungen und Verbesserungen zu begutachten und bei dem Finanzministerium in Vorschlag zu bringen. Die Beaufsichtigung und Ueberwachung der Lokalbeamten in Bezug auf das Rechnungswesen könnte unstreitig zweckmäßiger durch die oben vorgeschlagene Einrichtung der Revisionsbehörde geschehen, wenn dieselbe mit der gehörigen Umsicht in das Leben gerufen und geleitet würde. Ueber Vorschläge zu Aenderungen und Verbesserungen fordert jetzt das Finanzministerium die Mittelstellen und diese fordern wieder die Lokalbeamten zum Bericht auf, worüber viel Zeit und Papier verdrorben wird; einfacher und besser wäre es doch, wenn man die tüchtigeren Finanzbeamten in die Städte, welche an der Eisenbahn liegen, versetzte, und bei Berathungen über wichtige Fragen zu einer gemeinschaftlichen Versammlung unter dem Vorsitz eines Ministerialcommissärs beriefe, um ihre Ansichten mündlich zu vernehmen. Damit würden unendlich viele überflüssige, doppelte und dreifache Schreibereien erspart, es würden weit weniger Aktenbündel auf Staatskosten geordnet, bewahrt und gehütet werden, die man oft besser dem Feuer übergäbe. Die gewaltige Finanzmaschine würde einen leichteren Gang erhalten, das Ministerium wäre in besserer Lage, um die Talente und Fähigkeiten der einzelnen Beamten kennen und würdigen zu lernen. In jenen gewisser Maßen öffentlichen Versammlungen könnten sich nur tüchtige Männer geltend machen, aus ihnen würde sich das Finanzministerium ergänzen und das Vorrücken in den höheren Staatsdienst wäre nicht leicht nach einem anderen Maßstab, als nach den Leistungen und Verdiensten zu bewirken. So könnte durch Vereinfachung der wichtigen Finanzverwaltung nicht nur der Sache selbst und der Allgemeinheit ein großer Vortheil verschafft, sondern auch füglich die Hälfte obiger 70,000 fl. jährlich erspart werden. Diese 35,000 fl. und die 8,500 fl. unter I. dürften jedoch in der Wirklichkeit auf 60,000 fl. und höher ansteigen, wenn

man bedenkt, daß wir nur die niedersten Summen zu Grunde gelegt und die an den Befoldungen von vier Directoren, an Remunerationen, Bureaukosten, Pensionen u. s. w. gar nicht in Rechnung gebracht haben.

III. Die Einwendungen. Nach allem, was bisher gegen unsere Kritik des Systems der gelehrten Theorien vorgebracht worden ist, haben wir wenig Erhebliches gegen unsere Vorschläge zu erwarten. Unser bisheriger Gegner scheint mehr bewandert in den Stellen der heiligen Schrift, als in der inneren Beschaffenheit unserer Finanzverwaltung, und da er sich rühmt, dieser sehr nahe zu stehen, so ist dies um so mehr zu bedauern. Daß er den Mitarbeiter der Rundschau zu verdächtigen und herabzusetzen sucht, ist kein Mittel, um unser Urtheil und unsere Vorschläge zu entkräften. Wir hätten geglaubt, in der Residenz und in der Nähe der Finanzverwaltung wäre man besser unterrichtet, als aus der Behauptung abzunehmen ist (in der Karlsruher Zeitung) die Vielschreiberei sei nirgends weniger, als bei dem System der gelehrten Theorien zu finden. Wir erlauben uns, zum Schluß nur zwei Fälle, die erst kürzlich vorgekommen sind, zu erwähnen.

1. Wegen drei fehlender ganz unwesentlicher Nummern und zwei unrichtiger Superrevisionsnotate wurde nicht nur zwischen zwei Behörden communicirt, sondern auch ein Paß Rechnungsbeilagen von mindestens einem halben Centner ein Duzendmal von einem Zimmer in das andere getragen, und durch die Post auf vierzig Stunden Wegs an eine Verwaltungsstelle übersendet, um die angeblichen Mängel zu beseitigen, welche sich bei näherer Untersuchung als nicht vorhanden herausstellten. — 2. Wegen eines Betrages unter dreißig Kreuzern, der zu hoch berechnet war, und deshalb von einer Mittelstelle zurückgefordert wurde, forderte eine andere Mittelstelle von der betreffenden Lokalbehörde, sie solle vermittelt besondern Berichtes Decretur einholen, obgleich die sechs Bogen, um die es sich handelte, nur aus einer Kasse in die andere flossen.

Sollte die Richtigkeit dieser beiden Fälle im mindesten bezweifelt werden, so können wir sie näher bezeichnen und mit einem Duzend anderer Beispiele, wo möglich noch kleinlicherer Dinge, vermehren. Sollte aber die Vielschreiberei um nichts und wieder nichts in der Ordnung gefunden werden, so darf man sich um so weniger wundern, wenn die Abneigung gegen ein solches Verwaltungssystem mit jedem Tage zunimmt. Ein System, welches in unserer Zeit nur durch Papier, in Papier und auf Papier wirkt, kann auf Sympathie keinen Anspruch machen, und wenn es nicht aus den handgreiflichsten Mischbräuden zu zweckmäßiger Verbesserung fortschreiten kann, ohne daß man ihm „das Licht auf den Scheffel stellt“, so ist es zu beklagen. Daß hinter dem „Dunkel des Geheimnisses“ leider häufig nur Verlästerung sich birgt, wird der fromme Gegner in der Karlsruher Zeitung aus eigener Erfahrung besser wissen als wir; eben so oft aber, wir sagen dies mit eben so ernster als trauriger Betonung, steckt auch nichts dahinter als Beschränktheit, Pedanterie und Kümmeispalterei.

(Auflösung des Sonderbunds. — Auftreten der Diplomatic.) Der Sonderbund hat aufgehört. Mit den Machthabern in Luzern war sein Haupt gefallen; wie Freiburg und Zug, so haben auch Schwyz, Unterwalden und Uri capitulirt. Die Bedingungen sind im Wesentlichen für alle gleich. Losagung vom Sonderbund,

Entwaffnung, Aufnahme und Verpflegung eidgenössischer Truppen, Unterwerfung unter die Beschlüsse der Tagsatzung. Eidgenössische Kommissäre sind nach den betreffenden Kantonen abgegangen, deren Souveränität und Religion, wie Eigenthum und persönliche Freiheit der Bürger garantiert wird. Nur Wallis war noch zurück, wird aber jetzt schon kapitulirt haben, oder besetzt sein. Die Urner und Walliser im Tessin hatten den Rückmarsch auf den Gotthardt angetreten. Als General Salis-Soglio am Abend des 23. verwundet und geschlagen mit den aufgelösten Schaaren seiner Truppen nach Luzern zurückgekehrt war und Verhaltungsbefehle einholen wollte, erfuhr er, daß keine Regierung mehr bestehe und für ihn der Auftrag zurückgeblieben sei, zu thun, was er für gut finde. In scharfen Ausdrücken machte er seinem Unmuth über die Regierung Lust, die Volk und Truppen im Stiche gelassen, überließ den Corpsbefehl nun ihrerseits zu thun was sie wollten, und diese gaben den nämlichen Bescheid ihren Untergebenen. Die Soldaten strömten nun haufenweise in die Stadt, feuerten ihre Flinten in den See, jubelten und jauchzten. Da liegt auch die Erklärung des schnellen und vollständigen Sieges der Eidgenossen, denen bei Gislikon, Honau und Roth die Sonderbündler an Zahl und fester Stellung, aber nicht an Muth überlegen waren. Diese hatten kein Herz mehr für die vaterlandsverrätherische Sache. Sie hatten erkannt, daß sie von den Machthabern getäuscht waren. Bei dem Jubel der Soldaten kamen auch die Bürger aus den Häusern, in denen das Schreckensregiment sie gebannt hielt. Man umarmte sich, tanzte, sendete der entflohenen Regierung Verwünschungen nach, steng ihre Werkzeuge, deren man noch habhaft werden konnte, zusammen, räumte Pallisaden und Barrikaden weg und bahnte den eidgenössischen Brüdern den Weg zum Einzug in die Stadt. Eine Versammlung von Bürgern aus Stadt und Land legte am 25. die Staatsgewalt in die Hände des Stadtraths von Luzern, und beschloß, wie in Freiburg, Vertreibung der Jesuiten und der mit ihnen zusammenhängenden Orden innerhalb dreimal 24 Stunden; die Mitglieder der Regierung und des Großen Rathes, welche für Verurteilung der Jesuiten und des Sonderbundes gestimmt, sollen für die Kosten des Kriegs und der Besetzung haften. Die provisorische Regierung besteht außer den liberalen Mitgliedern des Stadtraths von Luzern aus je zwei Abgeordneten jedes Bezirks und ein neuer Großer Rath wird gewählt werden. Dr. Steiger stellte die Anträge in der Versammlung. Den Opfern der jesuitischen Saredensherrschaft wurden die Pforten der Kerker und die Grenzen des Vaterlandes wieder geöffnet. Leider haben Hunderte von ihnen an Gesundheit, Vermögen und theuern Angehörigen unwiderbringliche Verluste erlitten. — Die Regierung hat auch für die Herbeischaffung der von Siegwart-Müller und seinen Genossen mitgenommenen Staats- und eidgenössischen Kriegskasse zu sorgen, und dies scheint auch gelungen, da Uri, wohin die Gelder geschleppt waren, kapitulirt hat.

General Dufour hat bereits die Reserve entlassen; die Einnahme von Luzern wurde von der Freiburger Artillerie auf der Terrasse des ehemaligen Jesuitenpensionates mit 101 Schüssen gefeiert. Und nun, nach diesem raschen und vollständigen Siege der gerechten Sache, nach diesem erfreulichen Umschwunge der Dinge zu Gunsten der Geseßlichkeit und des Friedens, erscheint die fremde Diplomatie und be-

ginnt ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Schweiz. Eine preussische Note erklärt jeden Schritt, um Neuenburg zur Erfüllung seiner Bundespflichten anzuhalten, als eine Handlung der Feindseligkeit gegen die preussische Monarchie und kündigt an, daß in der Stadt Neuenburg eine Konferenz der Großmächte sich versammeln werde, um sich mit den Angelegenheiten der Schweiz zu beschäftigen. Was würde der deutsche Bund dazu sagen, wenn Dänemark erklären wollte, Holstein habe seinen Beschlüssen keine Folge zu leisten und werde der Sitz einer Versammlung fremder Diplomaten sein, die über die Angelegenheiten Deutschlands zu Gericht sitzen wolle? Liegt es im Interesse Deutschlands, der Eidgenossenschaft, welche die Herrschaft des Gesetzes und ihr Ansehen so kräftig gewahrt hat, feindselig entgegen zu treten, für das Kabinet der Tuilerien die Kastanien aus dem Feuer zu holen, und Sympathien zu verschütten, die für Deutschland von hohem Werthe sind? Werden die deutschen Bundesstaaten zweiten und dritten Ranges, wird namentlich Bayern nicht einsehen, welche Folgerungen gegen sie in dem Verfahren gegen die Eidgenossenschaft liegen? —

Die Tagsatzung wird nunmehr, da der Friede hergestellt ist, jeder neuen Störung zu begegnen wissen. Der Sonderbund besteht nicht mehr, man hat es daher mit der ganzen Eidgenossenschaft zu thun. Diese wird aber nicht zugeben, daß statt des Sonderbundes ein Sonderkanton entstehe, welcher dem beschworenen Bundesvertrage entgegen handelte; sie wird nicht zugeben, daß während auf der einen Seite die Jesuiten ausziehen, auf der andern ein Herd von Friedensstörern sich bilde. Sie wird, gestützt auf die Verträge und ihr gutes Recht, gestützt auf ein einiges und starkes Volk, wie bisher, so auch künftig thun, was Pflicht und Ehre gebieten. Die Sympathien der Völker sind mit ihr.

Aus der Schweiz, 1. Dez. Heute hier angelommene Briefe, deren Zuverlässigkeit wir aber nicht verbürgen können, melden, daß der Kanton Wallis vom Waadtlande aus militärisch besetzt worden sei, ohne vorausgegangene Capitulation und in Folge des Uebergehens zahlreicher Walliser Truppen zu der eidgenössischen Armee. Auf dieses Ereigniß hin, wird berichtet, habe sich die Regierung des genannten Kantons in dessen obere Theile geflüchtet. Auch geht die Sage, daß Siegwart-Müller in Wallis verhaftet worden sei. (Karlsru. Z.)

Karlsruhe, 2. Dezember. Das gestrige Regierungsblatt bringt unter allerhöchsten Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs die Ernennung des Präsidenten und der Vicepräsidenten der ersten Kammer für die Dauer des nächsten Landtags. Ersterer Sr. Großh. Hoheit der Markgraf Wilhelm, Letztere Sr. Durchlaucht der Fürst von Fürstberg und Generallieutenant Frhr. v. Lasollaye. — Sodann die Ernennung von acht Mitgliedern in die erste Kammer, ebenfalls für die Dauer der nächsten Ständeversammlung. Diese sind: 1. Generallieutenant und Generaladjutant Frhr. v. Lasollaye; 2. Staatsrath Frhr. v. Rüdiger; 3. Geheimer Rath Klüber; 4. Geheimer Rath Bogel; 5. Generalmajor Frhr. v. Fischer; 6. Geheimer Rath und Domcapitular v. Hirscher; 7. Hofmarschall Frhr. v. Göler; 8. Oberforstrath Frhr. v. Gemmingen.

Verschiedenes.

— Graf Metternich in Mainz ist von der Anklage wegen gewaltthätiger Befreiung des Herrn Moras aus den Händen der Justiz, freigesprochen worden. Die von der Rhein- und Moselzeitung mitgetheilte Nachricht von seiner Verurtheilung war falsch.

— In Genua sollte der Zollverein durch ein Fest gefeiert werden, woran Deputationen aus mehreren Städten Theil zu nehmen eingeladen waren. Die Regierung verbot das Fest. — Der König begab sich unlängst in die Jesuitenkirche. Die Menge, die ihm gefolgt war, zog sich zurück und ließ ihn mit seinem Gefolge fast allein in die Kirche gehen. Der Jubel über die angekündigten Staatsverbesserungen ist bedeutend abgeklüht.

— In einer Versammlung der Gesellschaft des Völkerbundes in London las Oberst Thompson eine Stelle aus einem amerikanischen Buche, worin die Hoffnung ausgesprochen wird: daß einst ein Heer von 50,000 Amerikanern im St. James Park Musterung halten und das Sternenbanner von den Zinnen des Windsor Schlosses flattern werde. Dann würde England als Freistaat sich an die Union anschließen und mit offenen Armen aufgenommen werden.

— Am 16. November ist in Rom die Staatsconsulta, eine Art beratender Ständeversammlung, eröffnet worden. Nach der Festordnung waren auch den Fahnen auswärtiger Nationen Plätze angewiesen. Der französische Gesandte, Rossi, verhinderte durch Drohungen ihr Erscheinen. Die Deutschen kamen mit ihrer Fahne, schwarz, roth, gold, vor den Palast Rospioglio; auf die Bemerkung des Generals der Bürgergarde, der Papst wünsche das Fest auf die Einheimischen beschränkt, senkten sie die Fahne und zogen ab. Die Eröffnungsrede des Papstes soll viele Ähnlichkeit mit der Thronrede des Königs von Preußen haben.

— Die bayerische Kammer hat sich mit allen gegen fünf Stimmen für die Fixirung und Ablösung der Grundlasten erklärt, und der Ministerverweser v. Zenetti gab die Zusage, daß die Regierung dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf darüber vorlegen werde.

— Ein Brief aus München in der deutschen Zeitung sagt eine Auflösung der Ständeversammlung voraus, weil beide Kammern sich über das Anleihegesetz nicht vereinigen würden. Zugleich werde ein Ministerium Wallerstein gebildet werden. Hierzu wird bemerkt: Was soll man aber von einem solchen Ministerium erwarten, wenn man an die Zeiten des frühern Wallersteinischen Ministeriums zurückdenkt, in denen jenes Spionirsystem entstanden ist, das jetzt das ganze Land durchzieht, in denen die Korruption der Beamten begonnen wurde, die in erschreckendem Maße immer mehr um sich greift, kurz an jene Zeiten, gegen die man fast versucht sein möchte, die Zeit des Abel'schen Ultramontanismus als die bessere zu bezeichnen.

— Nach Berichten aus Griechenland ist die Regierung geneigt, die Insel Syra an die Amerikaner abzutreten, wogegen diese den Theil der griechischen Anleihe, welchen England fordert, bezahlen wollen.

— Der schwedische Reichstag ist am 15. November in Stockholm eröffnet worden.

— In Berlin, Breslau und Königsberg haben die Stadtverordneten ihre ersten öffentlichen Sitzungen gehalten.

In letzterer Stadt fand Abends (19. Nov.) ein Festmahl statt, wobei Dr. Jakobi den Toast „auf die konstitutionelle Zukunft des preussischen Vaterlandes und eine wahre Volksvertretung“ ausbrachte.

— Die bayerische Kammer hat einstimmig beschlossen, die Regierung zu bitten, bei dem nächsten Zollcongres eine durchgreifende Revision des Tarifs zu veranlassen. Der Antrag des Abg. Edel auf einen hohen Ausgangszoll von Schlachtvieh wurde mit 55 gegen 43 Stimmen verworfen.

— In Bremen sind nahezu 2,400 fl. für Befeler zusammen gekommen.

— In Mexico haben die Amerikaner bereits zwei Zeitungen gegründet, eine Menge Speise- und Gasthäuser errichtet. Eine amerikanische Schauspielertruppe hat am 29. September ihre Vorstellungen eröffnet.

— Die Abgeordneten zur Verathung eines allgemeinen deutschen Wechselrechts haben am 20. Nov. ihre Arbeiten vollendet und schickten sich an, Leipzig zu verlassen. Man vernimmt, daß der preussische Entwurf in seinen Hauptzügen angenommen worden sei.

— Nach der allgemeinen Zeitung sollen sechs österreichische Regimenter die Truppen am Po verstärken.

— Aus Wien schreibt die Deutsche Zeitung: Die Nachricht von der Einnahme Freiburgs ward hier von den wenigen gläubigen Lesern des Oesterreichischen Beobachters mit namenloser Ueberraschung, von den Liberalen aber mit Jubel aufgenommen und in zahlreichen Kreisen mit feurigen Trinksprüchen auf das Wohl der tapfern Eidgenossen und den Fall der übrigen Sonderbunds Kantone aufgenommen. Man begreift auch bei uns, daß der Kampf in der Schweiz ein allgemeines Interesse hat, und der Sieg des Lichts oder der Nacht auf dem Spiele steht.

— Am 23. November ist der Herzog von Anhalt Köthen gestorben. Das Land geht an Bernburg und Dessau über und soll von beiden Anhalten gemeinschaftlich verwaltet werden.

— In Belgien hat das jesuitische Element ebenfalls eine Niederlage erlitten und die liberale Verwaltung ist befestigt. Der König sagte in seiner Antwort auf die Adresse der Kammer: Es herrscht Uebereinstimmung zwischen den Staatsgewalten; dem Lande ist der friedliche Genuß seiner Freiheit gesichert.

Personenfrequenz und Einnahme der großh. badischen Eisenbahn im Monat October.

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|
| Von 227,801 Personen, welche die Hauptbahn nebst den Seitenbahnen nach Baden und Kehl, auf den Stationen von Mannheim bis Schliengen und die Zweigbahn von Mannheim nach Friedrichsfeld, in Verbindung mit der Main-Neckarbahn befuhren, wurden bezahlt | 107,100 fl. 44 fr. |
| Unterwegs erhobene Fahrtaren | 246 „ 44 „ |
| Gepäckstaren | 7,542 „ 48 „ |
| Lagergebühren | 95 „ 43 „ |
| Equipagentransportaren | 4,109 „ 58 „ |
| Viehtransportaren | 1,387 „ 52 „ |
| Gütertransportaren von 191,023 Centner 41 Pfd. auf den verschiedenen Stationen angekommenen und abgegangenen Gütern | 60,677 „ 43 „ |
| | 181,161 fl. 32 fr. |

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbuchhandlung.